Haushaltsrede

des Stadtkämmerers

Achim Thomae

zur Einbringung des Haushalts 2021

der Kreisstadt Unna

in der Ratssitzung am 14. Januar 2021

Sperrfrist: 14.01.2021 – 19.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushalt 2021 ist aus vielerlei Gründen ein Besonderer. Das Stichwort Corona und Pandemie erwähne ich dabei zu Beginn nur kurz; im Laufe meiner Rede werden Sie es unweigerlich an verschiedenen Stellen in dem jeweiligen Kontext erneut hören.

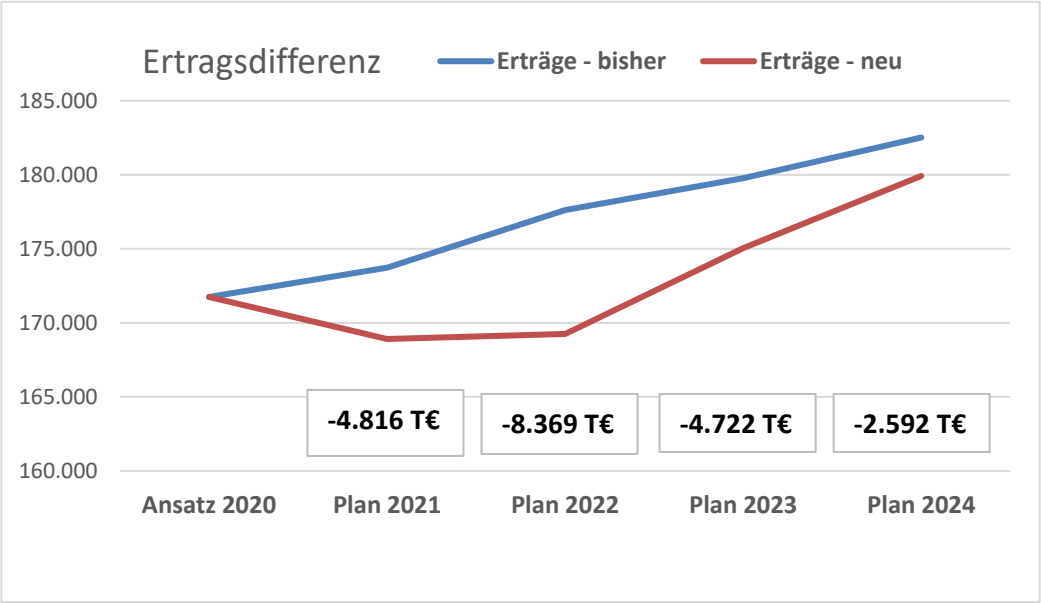
Der Plan 2021 ist für einige von Ihnen der erste Haushaltsplan in Ihrer Tätigkeit als Ratsmitglied. Neben den rechtlichen Rahmenbedingungen bildet er die Grundlage für unser gemeinsames Handeln für Unna. Mit Ihren Beschlüssen setzen **Sie** die Leitplanken und tragen gleichsam Mitverantwortung für die Entwicklungen von heute und die der kommenden Jahre.

Der Haushalt 2021 ist nach dem Jahr 2020 der zweite formal ausgeglichene Plan, aber er ist der erste seit vielen Jahren ohne ein Haushaltssicherungskonzept. Mit einer kleinen Unterbrechung im Zusammenhang mit der Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen im Jahr 2008/2009, bestand für die Kreisstadt Unna seit 1994 die Notwendigkeit ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Das letzte fortgeschriebene Konzept aus dem Jahr 2018 sah vor, im Jahr 2020 einen Haushaltsausgleich zu schaffen und dies werden wir wie im Frühjahr letzten Jahres bereits angekündigt auch erreichen.

Gleichwohl hat die Corona Pandemie ihre Spuren hinterlassen. In den unterjährigen Finanzberichten haben wir Ihnen die zu erwartenden negativen Auswirkungen für das Jahr 2020 dargestellt. Durch eine gesetzliche Regelung des Landes Nordrhein-Westfalen werden diese Verschlechterungen bilanziell isoliert und beeinflussen dadurch nicht den Haushaltsausgleich. Ergänzend zu dieser Regelung gewähren Bund und Land einmalig im Jahr 2020 einen Ausgleichsbetrag für Gewerbesteuerverluste, die sich aus Durchschnittsergebnissen der für uns gut gelaufenen vergangenen drei Jahre ermitteln. Die sich für Unna dadurch ergebende Summe in Höhe von 4,2 Mio. € führt sogar dazu, dass wir den im Frühjahr noch absehbaren Einsatz der Ausgleichsrücklage im Jahr 2020 aller Voraussicht nach nicht benötigen.

2. Kapitel

Werfen wir nun einen Blick auf die zu erwartenden Entwicklungen der Erträge und Aufwendungen in der Ergebnisrechnung 2021 sowie der mittelfristigen Planungsjahre bis 2024, hier die rote Kurve:

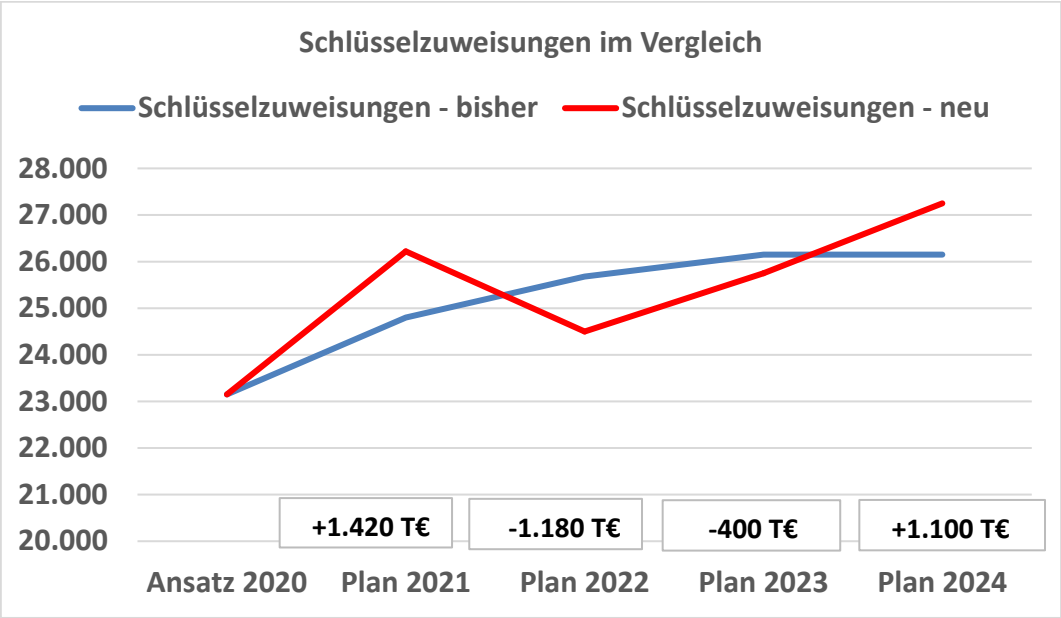


Im Vergleich zur Haushaltsplandiskussion von vor zwei Jahren -das ist die blaue Kurve- sieht man bei den Erträgen einen deutlichen Rücksetzer besonders in den Jahren 2021 und 2022. Die vor allem durch die Pandemie bedingten Verschlechterungen beim Finanzausgleich und den Steuererträgen werden im Laufe der Folgejahre zwar geringer, reichen aber bis 2024 **nicht** an das bisher avisierte Niveau heran.

Während die Rückgänge bei der Gewerbesteuer in Unna bisher vergleichsweise gering ausfallen, ist dies bei den Verbundsteueranteilen mit in der Spitze rd. 5,6 Mio. € pro Jahr oder ca. 12% deutlich dramatischer:

Bei der Masse an Kurzarbeit bzw. den geringeren Umsätzen der letzten Monate ist es auch nicht verwunderlich, dass die Anteile aus der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer um **mehrere Millionen Euro** zurückgehen.

Diese Steuerausfälle spiegeln sich zeitversetzt auch im Rahmen des Finanzausgleichs bei den Schlüsselzuweisungen wider.



Das Land hat für das Jahr 2021 davon abweichend reagiert, dass die Verbundmasse -trotz gesunkener Landessteuern- einmalig um rd. 1 Milliarde Euro aufgestockt wird. Der Pferdefuß dabei ist, dass dieser Betrag nur als Kredit gewährt wird und von daher in späteren Jahren in Höhe von 2 ½ Mio. € zurückzuzahlen ist.

Für den jetzige Haushaltsplan 2021 gilt die Isolierung der Corona bedingten Verschlechterungen fort. Dies wird einmalig auch auf die mittelfristige Planung bis 2024 übertragen, da sie Teil der aktuellen Haushaltsplanung ist.

	2020	2021	2022	2023	2024
Kulturzuschüsse		-375			
Finanzausgleich		1.420	-1.180	-400	1.050
Anteile Umsatzsteuer		140	-860	-850	-700
Anteile Einkommensteuer		-3.870	-4.700	-3.730	-1.680
Kompensation Einkommensteuer		-600	-60	-30	0
Gewerbesteuer - netto		-1.590	-1.560	-1.310	-450
Summe	-6.300	-4.875	-8.360	-6.320	-1.780
Umbuchung in die Coronabilanz	-27.635 T€				

Sie finden die isolierten Beträge pro Jahr zusammengefasst in der Zeile „außerordentliche Erträge“. Das gilt auch für die Kulturzuschüsse, welche der Rat für externe Partner bereitgestellt hat und die voraussichtlich erst im Jahr 2021 benötigt werden.

Die Idee des Landes mit der Isolierung von Teilen des Haushalts ist von dem Gedanken geprägt, zusammen mit den harten Folgen für die Gesamtwirtschaft, nicht auch noch unausgeglichene und in den Dimensionen wahrscheinlich nicht genehmigungsfähige kommunale Haushalte entstehen zu lassen.

Aber, meine Damen und Herren,
uns allen muss bewusst sein, dass eine Aktivierung von finanziellen Verschlechterungen zu einer Beeinflussung der Wahrnehmung unserer realen Lage und vor allem zu einer Belastung der nachfolgenden Generationen führt. Ab 2025 sollen die neuen Schulden **über 50 Jahre** abgebaut werden; für Unna sind dies aus der heutigen Sicht rd. eine ½ Million Euro pro Jahr, die zusätzlich erwirtschaftet werden müssen.

Unsere Forderungen müssen hierzu sein,
1. dass die bisher vom Land nur als Kredit zur Verfügung gestellten Anteile der Schlüsselzuweisungen in echte Hilfen umgewandelt und zumindest für eine begrenzte Zeit verstetigt über 2020 weitergezahlt werden und
2. dass für die Steuerausfälle in Gänze direkte materielle Hilfen für die kommenden Jahre gewährt werden.

3. Kapitel

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir kommen nun zu den Entwicklungen der Aufwandspositionen. Rund die Hälfte entfällt hierbei auf die Transferaufwendungen; das sind vor allem die Kreisumlage sowie die Sozial- und Jugendhilfeleistungen.

Der Bund hat im Herbst 2020 nach einer langen Debatte seine Kostenerstattung bei den Kosten der Unterkunft deutlich erhöht. Diese Anhebung stellt eine signifikante strukturelle Verbesserung dar, welche sich bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden in einer verminderten Kreisumlagezahlung bemerkbar macht; in unserem Fall sind dies rd. 3 Mio. € pro Jahr für den städtischen Haushalt. Der Kreis Unna wird diese Verbesserung -in den Jahren 2021 bis 2023- mit Entnahmen aus seiner eigenen Ausgleichsrücklage mit rd. 1 ½ Million Euro pro Jahr aufstocken. Aus der Nachschaubetrachtung handelt es sich um rd. 30 Mio. €, welche die kreisangehörigen Kommunen in den vergangenen Jahren zu viel bezahlt haben und die jetzt verteilt über drei Jahre wieder zurückfließen.

Allgemeine Kreisumlage	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
Haushaltsplan 2019/2020	41.860 T€	44.300 T€	45.610 T€	45.610 T€
Haushaltsplan 2021	37.260 T€	39.700 T€	41.010 T€	43.410 T€
Differenz Plan 21 zum Haushaltsplan 2019/2020 Verbesserungen (+), Verschlechterungen (-)	**4.600 T€**	**4.600 T€**	**4.600 T€**	**2.200 T€**

In der Summe ergeben sich so für die Kreisstadt Unna in den Jahren 2021 bis 2023 Verbesserungen in Höhe von jährlich 4,6 Mio. € im Vergleich zur vorherigen Ergebnisplanung. Ab 2024 nimmt der Vorteil im Vergleich zur aktuellen mittelfristigen Planung dann kontinuierlich wieder ab. Erstens stehen die Beträge aus der Ausgleichsrücklage nicht mehr zur Verfügung und daneben sind natürliche Belastungssteigerungen auf der Kreis- und Landschaftsverbandsebene ebenfalls zu berücksichtigen.

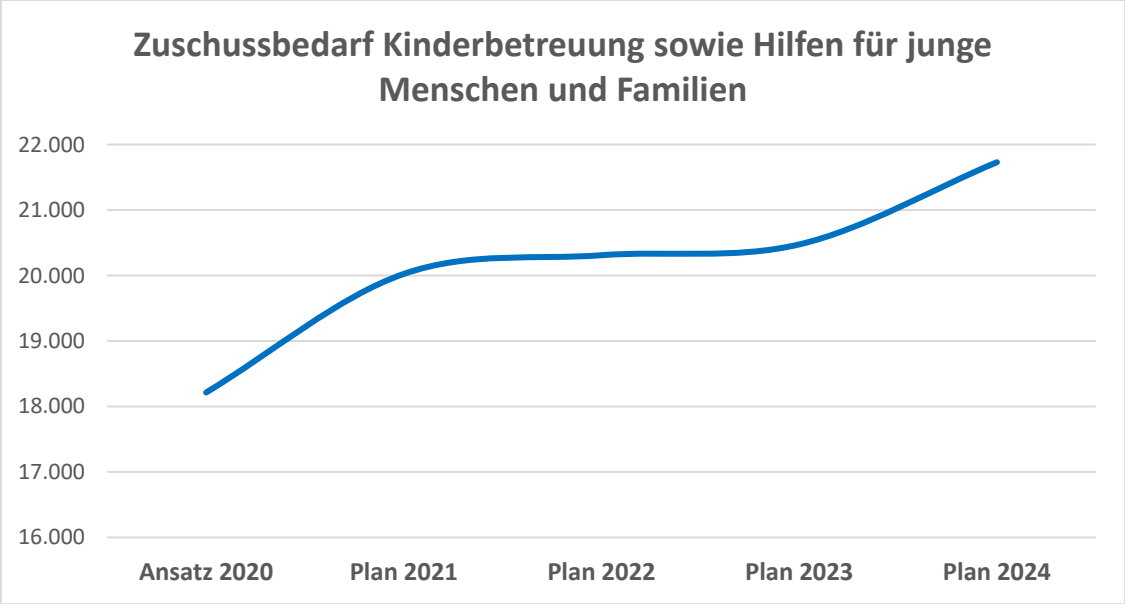
Was aber bei der Euphorie leider vergessen wird:

1. Für geduldete Flüchtlinge gibt es weiterhin keine Kostenerstattungen.
2. Die vormals gewährten Erstattungen für die Kosten der Unterkunft von Flüchtlingen, für Unna ist dies ein Betrag von rd. 900 T€ im Jahr, entfallen ab 2022.
3. Die für 2019 und 2020 gezahlten Integrationspauschalen von Bund und Land werden -zumindest bisher nicht- weitergezahlt; für Unna ist dies eine Verschlechterung von weiteren rd. 350 T€ im Jahr.

Was der Bund und das Land mit der einen Hand über die höheren Anteile bei den Kosten der Unterkunft geben, nehmen sie so über die Hintertür zum Teil wieder weg.

Bezieht man höhere Standards bei der Pflege, den höheren Selbstbehalt bei Sozialleistungen, beschlossene Steuervergünstigungen und das neue Kinderbildungsgesetz mit ein, muss man nüchtern feststellen, dass defacto im Saldo keine strukturelle Verbesserung zumindest auf der Ebene der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, ankommt.

Damit bin ich bei Aufwendungen für Kinder und Jugendliche. Unzweifelhaft wichtige Aufgaben, zeitgleich aber seit Jahren mit einer hohen Wachstumsdynamik versehen:

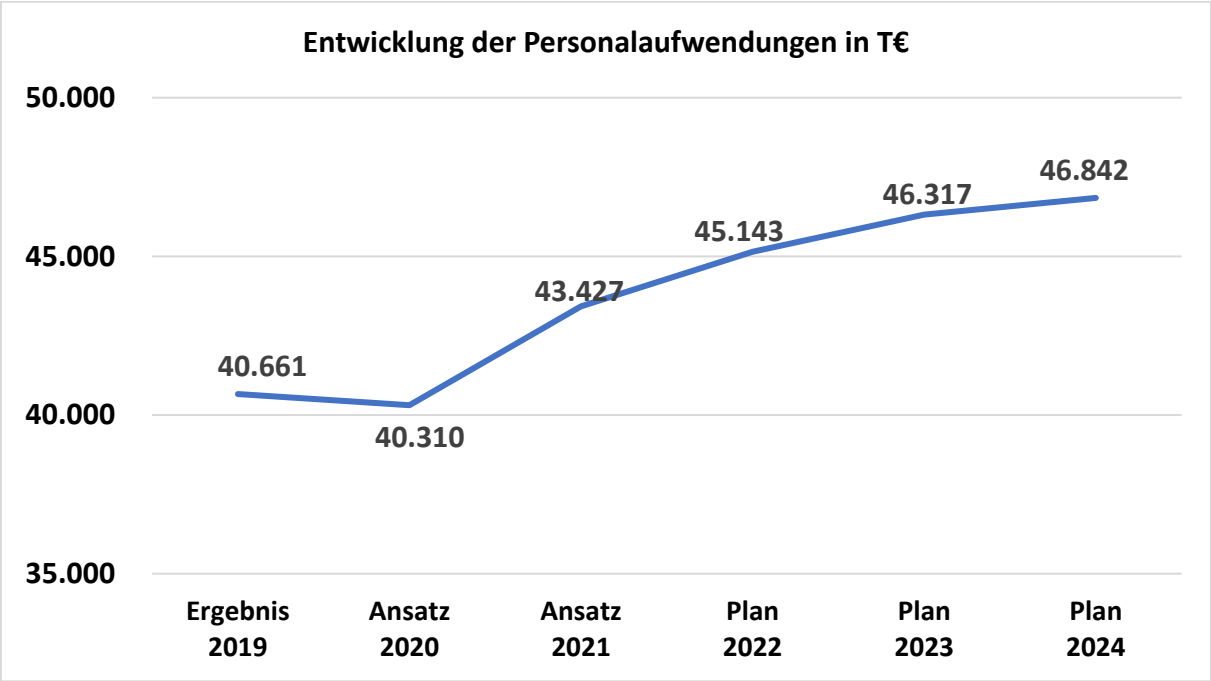


Die Zuschussbedarfe für Kindergärten, die Tagespflege oder Hilfen für junge Menschen steigen kontinuierlich weiter.

Bei den Kinderbetreuungskosten ergeben sich allein aus den qualitativen Verbesserungen des Kinderbildungsgesetzes Kostensteigerungen von einer Million Euro pro Jahr. Bei den Hilfen zur Erziehung sind analog der Notwendigkeit im letzten Jahr ebenfalls 1 Mio. Euro für erhöhte Fallzahlen bereitzustellen. Und schlussendlich gilt für alle Hilfsangebote, dass Preissteigerungen einzukalkulieren sind. Am Ende des neuen Ergebnisplanungszeitraumes im Jahr 2024 sind wir schließlich bei neuen nicht finanzierten höheren Eigenanteilen von rd. 3,5 Mio. Euro im Jahr.

Neben der Kreisumlage sowie den Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien, haben die Personal- und Versorgungsaufwendungen einen großen Einfluss auf den

Gesamthaushalt. Ihr Anteil entspricht mit über 40 Mio. € im Jahr rd. einem Viertel des Gesamtaufwandes.



Neben den Tarif- und Besoldungsanhebungen sowie den gestiegenen Versorgungsaufwendungen wirken sich die personellen Mehrbedarfe der letzten Monate aus. Ein zusätzlicher Anteil entfällt auf die Änderungsvorschläge im Stellenplan; sie werden Ihnen vom Bürgermeister in Personalunion als zuständiger Dezernent in den Beratungen vorgestellt.
Ergänzend ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass wir in den kommenden Jahren ein Budget für externe Beauftragungen von Vergabeleistungen berücksichtigt haben. Wir erwarten dadurch eine beschleunigte Umsetzung von Baumaßnahmen.

Besonders hervorzuheben sind Budgetaufstockungen für den ÖPNV im Kreis Unna, 300 T€ für die Konzeptionen und erste Umsetzungen eines Mobilitätskonzeptes und einer Zukunftswerkstatt für Verkehr.
Nicht zu vergessen sind Vorgaben aus der letzten Wahlperiode, einen neuen Brandschutzbedarfsplan zu erstellen und 60 T€ pro Jahr für ein Bürgerbudget zur Verfügung zu stellen.

4. Kapitel

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

werden die Erträge und die Aufwendungen gegen über gestellt, zeigt sich für das Jahr 2021 -man höhre und staune- ein formal ausgeglichener Haushalt.

	2021	2022	2023	2024
Ergebnisplanung 2021-2024	**0**	**-1.630**	**-1.150**	**-5.480**

Auch in den Folgejahren für 2022 und 2023 sind die Jahresergebnisse mit -1,63 Mio. € und -1,15 Mio. € auf den ersten Blick nicht besorgniserregend; sie könnten sogar über die aktuell bestehende Ausgleichsrücklage voll kompensiert werden. Erst der Blick in das 2024 verrät, dass hier etwas merkwürdig ist…

… es ist die am Anfang bereits erwähnte Regelung des Landes NRW für diesen einen Planungsakt des Haushalts 2021 mit seinen mittelfristigen Werten bis 2024 und die damit verbundene Isolierung einer durch Corona bedingten großen Summe von Haushaltsverschlechterungen.

	2021	2022	2023	2024
Ergebnisplanung 2021-2024	**0**	**-1.630**	**-1.150**	**-5.480**
isolierte Beträge der Coronabilanz	**-4.875**	**-8.360**	**-6.320**	**-1.780**
Summe	**-4.875**	**-9.990**	**-7.470**	**-7.260**

Lässt man diese Isolierung mal beiseite, was nach der aktuellen Gesetzeslage bei der kommenden Haushaltsplanung ab 2022 droht, liegen die jährlichen Defizite bei schon gravierenden Größenordnungen von über 7 Mio. € in 2023 und 2024. Zusammen mit der seit Jahren geltenden Strukturschwäche der Stadt entsteht hier in den kommenden Jahren ein gefährliches Gemisch von Haushaltsdefiziten in Millionenhöhe. Die Entwicklung wird aus der heutigen Sicht ein neues Haushaltssicherungskonzept ab dem Jahr 2023 erforderlich machen!

Sie sollten sich vor Augen führen, dass der vorliegende Ergebnisplan 2021 nebst den Folgejahren bis 2024 fast ausnahmslos den aktuellen Personal- und Aufgabenbestand bzw. das heutige Leistungsniveau nebst deren Kostensteigerungen umfasst. Angepasst wurden lediglich die angesprochenen Änderungen im Stellenplan, Aufwendungen zur Abwicklung externer Vergaben, der Ratsbeschluss zur Einrichtung eines Bürgerbudgets, die erwarteten Aufwendungen für den neuen Brandschutzbedarfsplan sowie ein Haushaltsansatz für verkehrliche Akzente.
Alle weiteren Beschlüsse ihrerseits, sei es für sofortige laufende Zwecke oder für Investitionen die wiederum Folgekosten auslösen, werden unser perspektivisches Defizit und damit das Volumen eines neu zu erstellenden Haushaltssicherungskonzeptes erhöhen.

Meine Damen und Herren, … so schwer dies auch fallen wird, die Kreisstadt Unna **muss** ihre Aufwendungen in den nächsten Jahren senken oder zumindest die Kostensteigerungen reduzieren… und dies deutlich. An den Stellen wo das möglich ist, sollten wir daher auch bestehende Verträge in ihrer Laufzeit begrenzen und unter den Vorbehalt eines neuen politischen Beschlusses stellen.

5. Kapitel

Ich komme jetzt zum letzten Kapitel, … den Investitionen. Wir haben uns als Verwaltung hierbei vor allem auf die Umsetzung aktueller Ratsbeschlüsse inklusiv deren gestiegenen Kosten konzentriert.

In der Umsetzungsphase bis 2024 sind hier die nachfolgenden Hochbaumaßnahmen zu nennen:

- die Außenstellen der Rettungswache im Osten und Norden der Stadt,
- die Ertüchtigung der Hauptwache sowie der Ankauf von Containern für erhöhte Kapazitäten an Unnas zentralem Feuerwehrstandort,
- diverse Erneuerungen am Schulzentrum Nord,
- Kindergarten und Offener Ganztag an der Schillerschule in Massen,
- die Erneuerung des Begegnungszentrums „Die Brücke“,
- der Neubau eines Wohnhauses an der Kamener Straße sowie
- das kürzlich erst beschlossene Großprojekt am und rund um das Hertinger Tor.

Hinzu kommen die Umsetzungen von vielen Maßnahmen in Millionenhöhe aus Rückstellungen der vergangenen Jahre.

Im Tiefbau sind in den Jahren 2021 bis 2024 folgende Inhalte berücksichtigt:

- weitere Bauabschnitte rund um den Platz am Morgentor,
- mehrere Straßenerneuerungsmaßnahmen im gesamten Stadtgebiet,
- der Umbau von zwei Straßenkreuzungen an der B1,
- die Erneuerung der Fußgängerzone und angrenzender Straßen,
- Fahrradabstellanlagen in der Nähe der Fußgängerzone, an Schulen sowie der Bike und Ride Parkplatz am Bahnhof Lünern sowie
- alle Straßen- und Erschließungsmaßnahmen rund um das Hertinger Tor.

Auch hier gibt es noch die Notwendigkeit Rückstellungen aus den Jahresabschlüssen vergangener Jahre abzuarbeiten.

Vervollständigt wird das Bild durch die erwartenden Eigenanteile von 1,2 Mio. € für den Breitbandausbau in der Stadt; nach Erhalt des Förderbescheides soll die Maßnahme im Herbst nächsten Jahres ausgeschrieben werden.

Herr Toschläger hat Ihnen in den vergangenen Monaten an mehreren Stellen berichtet, dass das Volumen an noch umzusetzenden Maßnahmen als auch künftiger Planungen sehr hoch ist. Unser System verträgt für die nächste Zeit keine großen neuen Projekte mehr, das gilt zumindest für den Hochbau und weitere Stadtentwicklungsprojekte über die aktuell laufenden hinaus. Die Situation würde sich durch den punktuellen Mehreinsatz von Personal über diesen Stellenplan hinaus auch nicht ändern; hier müsste man dann schon in Breite des Hauses gehen.

Dennoch stehen Planungsgelder bereit, um Diskussionsgrundlagen für perspektivische Projekte zu liefern. Zu nennen sind hier z.B.

- die Erweiterung der Hauptwache für die Feuerwehr,
- die Erneuerung der Eissporthalle und der Hellweg Sporthallen,
- der Neubau der Hellweg Realschule sowie
- die Erarbeitung von Förderanträgen für Radwege im Stadtgebiet.

Diese Liste müsste eigentlich noch um weitere Standorte ergänzt werden, welche in absehbarer Zeit zur Sanierung oder gar Erneuerung anstehen. In all diesen Planungs- und Diskussionsfeldern gilt die gleiche Feststellung, dass wir uns über das langfristige Portfolio unserer geliebten Stadt verständigen müssen. Wenn wir bereits auf dem jetzigen Leistungsniveau, sprich ohne die vorgenannten neuen Maßnahmen, bei einem

perspektivischen Defizit von über 7 Mio. € pro Jahr liegen, so wird es bei einer Umsetzung in der vorgenannten Fülle noch viel größer!

Schluss

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

zum Abschluss meiner Rede bedanke ich mich bei allen, die an diesem Werk mitgewirkt haben, ganz besonders bei den Kolleginnen und Kollegen des Finanzmanagements, die sich mit viel Engagement in den Aufstellungsprozess eingebracht haben.

In den kommenden Wochen möchten wir mit Ihnen die Inhalte besprechen; der gesamte Verwaltungsvorstand steht hierzu für Rückfragen und Gespräche zur Verfügung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit; bleiben Sie gesund und Glück auf!